

Musikschulübernahme abgelehnt

Seelow (MOZ) Die Musikschule Märkisch-Oderland bleibt in der ehemaligen Kultur GmbH. In namentlicher Abstimmung haben die Kreistagsabgeordneten mehrheitlich einen Antrag abgelehnt, nach dem die Musikschule in die Kreisverwaltung zurückgeführt werden soll. Die Regierungskoalition aus SPD, CDU und Bauern favorisieren eine Musikschul-GmbH.



Fordert Eingliederung
in die Kreisverwaltung:
Musikschul-
Elternsprecher Frank
Tischendorf

© ULF GRIEGER

Immer wieder mussten Stühle dazu geholt werden. Und doch standen etliche Gäste des Kreistages auf dem Flur vor dem Kleinen Saal des Kulturhauses. So viele Musikschüler, ihre Eltern und Lehrer waren gekommen, um mitzerleben, wie sich der Kreistag zur Zukunft ihrer Einrichtung, die in der Kultur GmbH verblieben ist, entscheidet. Sie wurden "tief enttäuscht", wie Frank Tischendorf, Elternsprecher der Musikschule, nach der Ablehnung eines Gruppenantrages von Vertretern mehrerer Fraktionen betonte. Höhere Elterngebühren und die Kündigung von Lehrkräften wegen zu niedriger Honorare und Gehälter werden befürchtet.

In Übereinstimmung mit den Empfehlungen aus dem Sonderausschuss Musikschule und dem Bildungsausschuss des Kreistages hatten Moritz Felgner (SPD), Bernd Sachse, Wolfgang Paschke, Jana Rathmann (Linke), Burkhard Paetzold und Monika Märkten (Grüne/B90 - Pro Zukunft) vorgeschlagen, den Grundsatzbeschluss des Kreistages von 2013 nun umzusetzen und die Kreismusikschule in die Verwaltung zu übernehmen. Moritz Felgner begründete den Antrag vor allem mit den unvermeidbar hohen Risiken, die die untersuchten Alternativen, eine GmbH oder eine Vereinsträgerschaft, hätten. Die Musikschule habe in den vergangenen Jahren überdurchschnittliche Leistungen zu unterdurchschnittlichem Gehalt erzielt. Besonders die Aufgaben im ländlichen Gebiet, wo sie Teil der Daseinsfürsorge sind, könnten mit den betriebswirtschaftlichen Prämissen der GmbH nicht erfüllt werden. Für diese Argumentation gab es Beifall vom Publikum. Elternvertreter Frank Tischendorf sprach sich ebenfalls für die Eingliederung in die Kreisverwaltung aus. Er verwies dabei auf die vom Kreis selbst in Auftrag gegebenen Gutachten und Stellungnahmen. Landesweit gebe es lediglich eine Musikschule in GmbH-Trägerschaft. Dies allerdings in einem mit Märkisch-Oderland nicht zu vergleichendem sozialen Umfeld im Speckgürtel von Berlin und Potsdam, im Kreis Potsdam Mittelmark. Eltern zahlen dort knapp 800 Euro im Jahr für eine wöchentliche Unterrichtsstunde. In Märkisch-Oderland sind es derzeit 636.

Demgegenüber verteidigte SPD-Fraktionsschef Hans-Jürgen Hitzges den Standpunkt des Landrates, dass eine Rückübertragung in die Kreisverwaltung nicht optimal wäre. Er argumentierte damit, dass eine GmbH größere künstlerische Freiheiten gewähren würde. Macht aber zugleich deutlich, dass diese GmbH kein Sparmodell werden sollte, wie von den Verfechtern des Gruppenantrages dargestellt. "Die Musikschule soll langfristig mehr Geld ausgeben können", versprach er. Allerdings ist dies unter dem

Vorbehalt der Haushaltslage des Kreises zu verstehen.

Michael Gläser von der SPD-Fraktion erklärte, dass sich seine Meinung in punkto Musikschulträgerschaft in den vergangenen Tagen gewandelt habe. Er sei in der Fraktion überzeugt worden, dass die Gehälter nicht gekürzt und die Gebühren nicht erhöht werden sollen.

Bernd Sachse von den Linken machte deutlich, dass die Musikschullehrer seit Jahren unter den Bedingungen eines Haustarifvertrages Lohnverzicht erdulden müssen. Er sei für die Eingliederung. CDU-Fraktionschef Kai Juschka erklärte, dass der Sonderausschuss seiner Meinung nach seine Arbeit einfach abgebrochen habe. Er hätte gut daran getan, die anderen Modelle genauer zu untersuchen.

Linken-Fraktionschef Uwe Salzwedel brachte sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, wie die Regierungsfaktionen mit der Arbeit ihrer eigenen Kollegen umgehen. Trotz des Vorliegens eindeutiger Ausschussempfehlungen, der Gutachten von Verbänden und Vertretungen sowie dem Grundsatzbeschluss des Kreistages wollen sie einen anderen Weg gehen. "Wie mit dem Kreistag umgegangen wird, löst große Befremdlichkeit aus", so Salzwedel. Er beantragte namentliche Abstimmung. Die endete mit einem klaren Ergebnis: 30 stimmten gegen den Antrag, 16 dafür, einer enthielt sich.